



JOE KLAMAR/AFP VIA GETTY IMAGES

Ein Blick aus erster Hand auf eine kommunistische Utopie

Der Kommunismus ist wieder in Mode. Aber wie sind kommunistische Länder wirklich?

- Peter de Lauw
- [31.08.2020](#)

Mögen Sie es nicht auch, wenn Sie einen zusätzlichen Nationalfeiertag bekommen? Genießen Sie es nicht, eine Pension zu bekommen? Und die Zuschüsse, die Ihrem lokalen Sportverein von Ihrer hochgeschätzten Regierung gewährt werden? Mögen Sie preiswerte oder sogar kostenlose Arztbesuche?

Die meisten Leute mögen diese Dinge. Aber wir müssen mit unseren Wünschen vorsichtig sein, denn jedes Mal, wenn die Regierung uns etwas „gibt“, wird ihr Einfluss ... größer.

Die meisten Leute wählen politische Parteien, die Ihnen soziale Vorteile versprechen. Deshalb tun das auch fast alle Parteien. Und wenn diese Leistungen erst einmal gewährt worden sind, kann man sie nicht so einfach wieder abschaffen, denn dann geht man das Risiko ein, die nächsten Wahlen zu verlieren. Also kann man immer nur neue Leistungen hinzufügen. Das bläht den Staat übermäßig auf und führt letztendlich und unvermeidlich zur Diktatur.

Heutzutage glauben das nur noch sehr wenige Leute, denn in Amerika gibt es nur noch wenige, die den Kommunismus persönlich miterlebt haben. Ich selbst bin jedoch ein Augenzeuge. Ich bin zwar nicht in einem kommunistischen Land aufgewachsen, aber ich habe etliche dieser Länder in verschiedenen Funktionen besucht. Ich bin in Europa aufgewachsen und habe zum Beispiel die damals kommunistische Tschechoslowakei auf einer Klassenfahrt besucht. Später besuchte ich auch Polen, Russland und Ostdeutschland (hauptsächlich Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern) und habe außerdem etwa zwei Jahr in Ungarn gelebt.

Und schon eine kurze Reise sagt Ihnen viel über das Regierungssystem, das die Linke jetzt auch in den Vereinigten Staaten von Amerika einführen will.

Eine Welt ohne Farben

Auf unserer Klassenfahrt in die Tschechoslowakei brauchten wir zwei Stunden, um in das Land einzureisen – und fünf Stunden, um das Land wieder zu verlassen. Unser Bus wurde von verdrießlich aussehenden Grenzpolizisten durchsucht. Sie kontrollierten unsere Papiere, das Geld, das wir in unseren Portmonees hatten, unser Gepäck, den Motor und jeden Winkel des Buses.

Während wir im Bus warteten, hörten wir etwa 150 Meter von uns entfernt Schreie im Wald. Wir hörten, wie Leute wegrannten und dann fielen Schüsse. Danach hörte man nichts mehr – es herrschte absolute Stille.

So geht man in den kommunistischen Ländern mit den eigenen Leuten um. Ihre Grenzen sind nicht nur dafür gebaut, um Feinde abzuhalten, sondern hauptsächlich dafür, die eigene Bevölkerung im Land zu halten.

Man konnte nur schwer freundliche Leute zu finden. Die meisten waren nur freundlich, wenn sie betrunken waren. Alkohol war billiger als Tafelwasser. Die meisten Leute brannten ihren eigenen Schnaps aus Pflaumen oder Beeren, der wahrscheinlich gesünder war als das rostig aussehende Trinkwasser.

Sieben Tage lang aßen wir jeden Tag gekochten Schinken mit saurer Sahne und durchweichte, in Öl getränkte

Kartoffelchips. Das war der „Wochenspeiseplan“ für alle Restaurants im ganzen Land – festgelegt von der Regierung.

Wenn man Lebensmittel in einem Laden kaufen wollte, war das schlicht unmöglich, denn die Regale waren immer leer. Die Leute mussten jeden Morgen stundenlang Schlange stehen, nur um Grundnahrungsmittel wie Brot und Milch zu kaufen.

Der Staat hatte schon Schwierigkeiten, nur das Notwendigste zu produzieren, also war kein Platz für Luxusgüter. Das Leben war im wahrsten Sinne des Wortes farblos. Die kommunistische Partei hatte kein Geld für Farben und Lacke und niemand stellte sie her. Alle Gebäude waren entweder grau oder dunkelgrau – wie eine Szene aus einem Schwarzweißfilm.

Alle Gebäude sahen gleich aus: Blöcke aus Beton mit ungenügender Isolation. In den Gebäuden hörte man ständig die Streitereien und das Gebrüll der anderen Bewohner.

Touristen war es nicht gestattet, irgendwohin zu gehen, es sei denn, sie wurden von einem Fremdenführer begleitet.

Aber trotz all dem gab es in der Tschechoslowakei keine Arbeitslosigkeit. Jeder Bürger war ein Funktionär der öffentlichen Hand. Alle bekamen ein Gehalt.

Aber ist das vielleicht etwas Positives? Warum sollte man mit einem garantierten Posten und ohne Aussichten auf eine Gehaltserhöhung sein Bestes geben? Warum sollte man sich auch nur um irgendetwas kümmern? Wenn man in der Tschechoslowakei ein Restaurant besuchte, war es schwierig, überhaupt bedient zu werden.

Aber die Tschechoslowakei war nicht das einzige Land, das das erleiden musste.

In Russland bot sich mir genau dasselbe Bild. Als ich einmal eine Reise nach St. Petersburg machte, erzählte mir eine Frau, wie das Leben dort war. „Das Leben ist in Russland immer hart. Es gibt keine Freude – weder auf den Straßen noch in den Häusern. Es ist immer nur Gezänk und Streitereien in den Wohnungen unserer Apartmentblocks zu hören.“

Die Probleme des Kommunismus sind weit schlimmer als nur der Mangel an Farbe, einem guten Kundendienst und einer angemessenen Wohnung. Eine Regierung, die alles kontrolliert, hat enorm viel Macht.

Das Haus des Schreckens

Die Regierung kontrolliert jeden Aspekt der Erziehung und der Ausbildung der Kinder. Die Kinder werden von klein an gemäß der kommunistischen Doktrin erzogen. Ihnen wird beigebracht, nicht ihre Eltern zu achten, sondern die Partei und ihren Vorsitzenden. Die Eltern können ihren eigenen Kindern nicht vertrauen und niemand kann seinem Nachbarn trauen. Jedermann ist ein potentieller Spion. Und die Wände sind so dünn, dass man mühelos mithören kann, was die Nachbarn sagen.

Auf meiner Reise nach Budapest in Ungarn besuchte ich das sogenannte „Haus des Schreckens“. Dieses Gebäude war während des kommunistischen Regimes das Hauptquartier der ungarischen Geheimpolizei gewesen. Jetzt ist es ein Museum, in dem die Grausamkeiten zur Schau gestellt werden, die die Partei beging, um den Willen ihrer Bürger zu brechen.

Es ist ziemlich ernüchternd, sich die vielen Folterräume anzusehen. Ein solcher Raum bestand zum Beispiel aus einer Tür mit nur 30 Zentimetern Platz dahinter. Man kann darin weder sitzen noch seine Knie beugen. Nach drei Tagen in so einem Raum wird man wahnsinnig.

Ich habe auch die Ausrüstungen für Elektroschocks gesehen, die benutzt wurden, um den „Übeltätern“ beim Verhör Informationen zu entlocken.

Es ist grauenhaft mitzuerleben, wozu die „liebenden“ Regierungen bereit sind und was sie ihren Untertanen antun, nur um auch weiterhin an der Macht zu bleiben.

Sie mögen vielleicht denken: „Aber sicherlich könnte die Situation in Amerika niemals so schlimm werden.“

Ein glitschiger Abhang

Wieder einmal gilt hier: Die meisten Leute wählen politische Parteien, die Ihnen soziale Vorteile versprechen. Bei dem Versuch, von den Leuten mehr Stimmen zu bekommen, bieten die Regierungen immer mehr Sozialleistungen an, was dazu führt, dass der ganze Staat immer weiter aufgebläht wird.

All diese Sozialhilfe muss irgendwie organisiert werden. Wie können die Regierungen eine faire, präzise und termingerechte Verteilung des Volksvermögens sicherstellen? Nehmen wir einmal an, sie schaffen eine Abteilung, die die Zuteilungen kontrolliert. Diese Abteilungen haben Personal, und zwar einen Abteilungsleiter, Sekretärinnen, Assistenten und Funktionäre der Verwaltung. All diese Leute wollen ihren kostbaren Job auf Dauer behalten. Ein paar Jahre danach kommt eine andere Verwaltung, die alles „anders“ machen will und schafft deshalb eine neue Abteilung, aber sie verzichten darauf, die alte Abteilung aufzulösen. In den Vereinigten Staaten gibt es zum Beispiel jetzt schon zwei Agenturen für die Inspektion von Lebensmitteln. Die „Verwaltung für Lebensmittel und Medikamente“ kontrolliert Eier mit Schalen, während die „Abteilung für die Sicherheit landwirtschaftlicher Produkte und für die Inspektionsdienste“ flüssige, tiefgefrorene und künstlich getrocknete Eier kontrolliert (Die Heritage Foundation, 21. Nov. 2017).

Ein weiterer Grund, weshalb diese Abteilungen nie weniger werden oder verschwinden, ist, dass sie den führenden Politiker des Landes praktische „Belohnungen“ verschaffen, die diese an ihre Freunde und Verbündeten weiterreichen können, indem sie ihnen oder ihren Verwandten auf Kosten des Steuerzahlers Machtpositionen und ein regelmäßiges Einkommen in diesen Abteilungen verschaffen.

Dadurch werden die staatlichen Organe wiederum umfangreicher.

Und dann bleibt die Frage, wie die Verteilung all dieser ganzen Wohlfahrt organisiert werden soll. Wer entscheidet, was jetzt fair, angemessen und termingerecht ist? Wer bestimmt die Regeln?

In unseren westlichen Demokratien werden die Regeln von den gewählten Regierungen, vom Parlament und von der Verwaltung bestimmt. Kandidierende Politiker führen ihren Wahlkampf mit einer Reihe von Versprechungen und meistens gewinnt der Kandidat der Partei mit den „attraktivsten Versprechungen“ die Wahl und kann dann während seiner Amtszeit die Regeln bestimmen. Rein theoretisch *sollte* es bei den „attraktivsten Versprechungen“ darum gehen, die Kosten der Regierung zu reduzieren, die Verwaltung gesundzuschumpfen und die Einmischung des Staates in unser tägliches Leben zu verringern. Bedauerlicherweise ist das reine Theorie. Denn die Verwirklichung solcher Versprechen würde zwangsläufig die Entlassung von Personal und eine Reduzierung des öffentlichen Dienstes mit sich bringen und besonders das Letztere würde wahrscheinlich zu weniger Stimmen für die entsprechende Partei führen.

Daher ziehen von Gier getriebene politische Kandidaten auch Wähler an, die ebenfalls von Gier getrieben sind.

Die unvermeidliche Folge davon ist, dass eine zunehmende Anzahl von Leuten „soziale Vorteile“ genießen und immer mehr Leute für den Staat arbeiten. Daher nimmt die Abhängigkeit von Staatsgeldern immer mehr zu, wodurch eine exklusive Elite von Regierungsbeamten immer mehr Macht bekommt.

Wie der *Telegraph* im Mai berichtete, führten die Maßnahmen gegen das Coronavirus dazu, dass mehr als die Hälfte aller erwachsenen Briten auf die eine oder andere Weise von der Regierung angestellt (und entlohnt) wurden. Gemäß der Webseite der britischen Regierung beschäftigt die öffentliche Hand im Vereinigten Königreich 5 Millionen Menschen von einer arbeitenden Bevölkerung des Landes von insgesamt 32,9 Millionen.

Weiterhin ergibt sich aus der Tatsache, dass immer mehr Leute Zahlungen erhalten, ein immer geringer werdender Anreiz, nach attraktiveren Jobs zu suchen. Die menschliche Natur neigt dazu, immer den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Da es einfach ist, Geld zu verdienen, ohne sich im Geringsten anstrengen zu müssen, wird die menschliche Natur uns dazu bringen, selbstzufrieden, nachlässig und faul zu werden.

Im Vereinigten Königreich zum Beispiel, mit dem momentanen Zustands der allgemeinen „Beurlaubung“ durch COVID-19 können Angestellte bis zu 80 Prozent ihres Gehalts erhalten und brauchen dafür nur zu Hause zu bleiben. Jetzt müssen die Geschäfte wieder öffnen und es fällt ihnen extrem schwer, ihr Personal dazu zu bewegen, wieder zu arbeiten und ihre Geschäfte wieder auf das Niveau der Produktivität vor der Schließung zu bringen. In den Vereinigten Staaten sagten 32 Prozent der unabhängigen Geschäftsinhaber, sie hätten freie Stellen, für die sie kein Personal finden können.

Wegen der Sozialgesetze (Cares Act) bekommen amerikanische Arbeitslose einen Bonus von 600 Dollar pro Woche und die meisten sind in dieser Situation tatsächlich besser gestellt, wenn sie nicht arbeiten.

Die nächste Phase dieser logischen Abwärtsspirale sind die konjunkturellen Rückwirkungen. Ein Rückgang der Produktivität bringt auch eine Abnahme des Wohlstandes des Landes und der Steuereinnahmen mit sich. Die Regierungen versuchen in so einer Situation häufig, die Wirtschaft durch den Verkauf staatlicher Handelswaren wie Erdöl, Metalle oder Mineralien anzukurbeln. Und sie versuchen auch, mehr Geld auszugeben, was den Staatshaushalt noch mehr anschwellen lässt.

Der mangelnde Anreiz bei der Arbeiterschaft und der daraus entstehende Mangel an Neuerungen in Bereichen wie Marketing und Technologie bewirkt derweil, dass die Geschäfte schrumpfen und dahinschwinden.

Und wieder muss die Regierung intervenieren, die angeschlagenen Firmen und Geschäfte retten und sie unter ihre Fittiche nehmen, um sie sich schließlich ganz anzueignen und sie vollständig zu kontrollieren. Und diese geretteten Firmen werden dann zu einer weiteren, willkommenen Bereicherung der Freunde und Verbündeten der Machthaber.

All diese Geschenke für einige wenige Beglückte sind ein fruchtbarer Nährboden für Korruption. Wenn zu viele Leute von den Vermögenswerten einer kleinen mächtigen Elite abhängen, wird das System sehr anfällig für Günstlings- und Vetternwirtschaft und letztendlich für reine Willkür. Kritik wird immer weniger toleriert. In Krisenzeiten werden Kritiker zunächst unter dem Deckmantel von Recht und Gesetz unterdrückt und später unverhohlen und skrupellos verfolgt.

Wenn dann die wirtschaftlichen Aussichten immer schlechter werden und die Leute beginnen zu murren und zu rebellieren, greifen die Anführer auf Zensur und Unterdrückung zurück und schließlich auf eine Schreckensherrschaft.

Sozialismus führt immer zum Kommunismus. Und immer führt er letztendlich und unvermeidlich zur Diktatur.

Eine Warnung direkt vor Amerikas Haustür

Ein Paradebeispiel der jüngeren Geschichte ist Venezuela. Bis in die 1980er Jahre war Venezuela gemessen am Prokopfeinkommen in Dollar das reichste Land Südamerikas. 1922 nach der Entdeckung von Erdöl auf seinem Territorium,

begann sich seine Wirtschaft rasant zu entwickeln. Die reichhaltigen Vorkommen ermöglichten es seinen Anführern, einen eher linksgerichteten Kurs zu steuern. Bei Ölpreisen von etwa 100 Dollar pro Barrel konnte man problemlos den guten Willen der Bevölkerung kaufen, ohne grundlegende Veränderungen an der Wirtschaft vorzunehmen.

In den 1970er Jahren nationalisierte dann der Präsident Carlos Pérez die Eisen-, Stahl- und Ölindustrie, was ihm ermöglichte, eine Unmenge von staatlich subventionierten Programmen zu verwirklichen.

Aber seit den 1980er Jahren mit dem Verfall des Ölpreises bis auf 30 Dollar pro Barrel, wurden die Schwachstellen des politischen und wirtschaftlichen Systems offensichtlich. Da die gesamte Wirtschaft unverhältnismäßig stark vom Öl abhing, begannen die Menschen, stark darunter zu leiden und begannen Veränderungen zu fordern. Sie wählten dann Hugo Chávez zum Präsidenten.

Was hatte Chávez ihnen versprochen und was bekamen sie dann? Noch mehr Sozialismus – mehr Wohlfahrtsprogramme für die Gesundheitsversorgung, Lebensmittel, Schulbildung und so weiter, und so weiter – alles bezahlt mit dem Geld, das als Öl aus den überaus ergiebigen Ölquellen des Landes sprudelte. Das steigerte die Abhängigkeit des Staates vom Öl noch mehr und entsprechend auch die Abhängigkeit der Menschen vom Staat.

Heute stehen in dem Land nicht einmal mehr die grundlegendsten Produkte zur Verfügung – es gibt weder Milch noch Fleisch, Kaffee, Reis, Öl, Mehl, Butter, Toilettenpapier, persönliche Hygieneprodukte und auch keine Medikamente. In einer vom Staat kontrollierten Wirtschaft gibt es für die Leute keine Veranlassung zur Erneuerung oder für Veränderungen. Es fehlt jeder Anreiz, etwas zu riskieren oder sich zu vielseitigen Angestellten oder ehrgeizigen Geschäftsleuten zu entwickeln. Das Ergebnis ist ein Land am Rande des Untergangs.

Und es führt immer und unvermeidlich zur Diktatur.

Auf der Startseite der Human Rights Watch im Internet steht über Venezuela:

Die Machtanhäufung der Exekutive, die während der Präsidentschaft von Hugo Chávez begann, verschaffte den venezolanischen Behörden die Macht, ihre Kritiker einzuschüchtern, zu zensurieren und zu bestrafen. Das brutale Vorgehen gegen Dissidenten, das seit 2014 immer intensiver wird, hat zu einer willkürlichen Verfolgung der politischen Gegner, zu Dutzenden von politischen Morden, tausenden Verhaftungen und Misshandlungen der Verhafteten geführt – in manchen Fällen auch zu Folterungen.

Die Seite von Amnesty International über Venezuela ist genauso entsetzlich:

Venezuela erlebt auch weiterhin eine beispiellose Krise der Menschenrechte. Außergerichtliche Hinrichtungen, willkürliche Verhaftungen, übermäßige Gewaltanwendung und ungesetzliche Morde durch die Sicherheitsdienste sind weiterhin Teil einer Politik der Unterdrückung, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen.

Die Zahl der Todesopfer des Kommunismus im 20. Jahrhundert wird auf etwa 150 Millionen geschätzt. Für manche Leute ist das nicht viel mehr als eine Zahl, aber hinter dieser großen Zahl stehen entsetzliches Leid und unerträgliche Schmerzen.

Kommunistische Länder sehen zum größten Teil eintönig, heruntergekommen und grau aus. Farbe, Bauholz und Handwerkszeug sind Luxusgüter. Niemand stellt etwas her. Alle erhalten Zahlungen – warum also sollte man sich bemühen, produktiv zu sein oder sogar etwas Herausragendes tun?

Jedermann ist ein Feind. Die Regierung benutzt ihre nützlichen Idioten überall im Land als Spione.

Stellen Sie sich vor, Sie müssten unter einem Regime leben, dass sämtliche Produktionsmittel besitzt, die Erziehung ihrer Kinder kontrolliert, ihre Ausbildung bestimmt und teilweise sogar über ihr Denken verfügt, denn Sie können das, was Sie denken, nicht frei zum Ausdruck bringen, weil Sie fürchten müssen, dass Sie von einem Ihrer Nachbarn, Freunde oder sogar von Familienmitgliedern bespitzelt werden.

Kommunistische Länder brauchen Grenzen – nicht, um sich gegen unerwünschte Einwanderer zu schützen, sondern dagegen, dass die eigene Bevölkerung das Land verlässt. Das allein beweist schon die Erbärmlichkeit dieses Systems.

Und dann ist da die unsägliche Qual in den Konzentrationslager und Folterkern, wo die ungehorsamen Untertanen verprügelt, ausgepeitscht, mit Dreschflegeln geschlagen, gehäutet und dann zum Sterben in völliger Dunkelheit und mörderischer Einsamkeit liegengelassen werden.

Und all das nur, weil es unvollkommenen Menschen gefällt, für unvollkommene Politiker zu stimmen, die soziale Vorteile versprechen, die ihnen eine immer mächtiger werdende, machthungrige und unersättliche Regierung gewährt – eine Regierung, die sich bei jeder Wahl als ein Engel des Lichts präsentiert.

Die meisten Leute wollen gar nicht für ihr eigenes Wohlergehen verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein. Sie scheuen das Gesetz von Ursache und Wirkung und überlassen es der Regierung, die daraus entstehenden Probleme zu lösen.

Wie sich immer und immer wieder gezeigt hat, sind die Ergebnisse der 6000jährigen Geschichte der Menschheit nur Diktatur und Tod.

Natürlich sind die kapitalistischen Länder auch nicht vollkommen. Und da sich jetzt viele Leute in Amerika, dem weltgrößten

Fanal des Kapitalismus, zum Sozialismus hingezogen fühlen, ist unklar, wie lange diese Länder noch so bestehen bleiben.

Viele Leute unterstützen den Kommunismus mit den besten Absichten. Sie erkennen die echten Probleme auf der Welt und würden sie gerne lösen. Der Kommunismus ist jedoch nicht die Lösung.

„Die Kommunisten bieten uns ein Programm zur Veränderung der Welt“, schrieb Herbert W. Armstrong. „Sie wissen, dass eine Veränderung dringend nötig ist. Der Kommunismus ist jedoch der falsche Weg, die Welt zu verändern – aber die wollen das nicht einsehen.“

Es gibt eine Lösung, aber die findet man in der Bibel und nicht im *Kommunistischen Manifest*. Zu dieser Lösung gehören persönliche Verantwortlichkeit, starke Familien und harte Arbeit. Aber der Kommunismus drängt die Gesellschaft genau in die entgegengesetzte Richtung und macht die Sache so nur noch schlimmer.